

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach
BBPIG-Vorhaben 4, HGÜ-Verbindung Wilster - Bergrheinfeld/West
Leitung-Nr.: LH-16-10001 / LH-16-10002

Vorhabenträger:



Ersteller:



ILF Beratende Ingenieure GmbH
Werner-Eckert-Str. 7
81829 München

DokumentenzahlNr.: A100-ILF-003153-AT-006

Planfeststellung

Planfeststellungsabschnitt A1 von km 0+000 bis 13+937

Unterlagen nach § 21 NABEG

Teil K02

Voraussetzungen für Wasserrechtliche Zulassungen
Anhang 04: Unterlagen für Zulassungen zur Benutzung von
Gewässerrandstreifen nach § 38 WHG

00	28.11.2023	Unterlage nach § 21 NABEG	Hoffmann	Gullner	Pfeiffer
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Festgestellt nach § 24 NABEG

Bonn, den 28.05.2025

Im Auftrag

Daniel Matz



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Abkürzungsverzeichnis.....	3
1 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	4
2 Baumfällungen im Gewässerrandstreifen	5
2.1 Maßnahmenbeschreibung.....	5
2.2 Kommentare zur landesrechtlichen Prüfung.....	6
3 Verzeichnisse.....	8
3.1 Glossar	8
3.2 Literatur- und Quellenverzeichnis.....	8

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
Abs.	Absatz
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
LWG	Landeswassergesetz
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
PFA	Planfeststellungsabschnitt
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
WHG	Wasserhaushaltsgesetz

1 Inhalt und Zweck des Dokuments

Das vorliegende Dokument „Teil K02 – Anhang 04: Unterlagen zu § 38 WHG Gewässerrandstreifen“ ist Bestandteil der einzureichenden Unterlagen nach § 21 NABEG für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt A1. Es beinhaltet die Unterlagen zur Beurteilung von in die Planfeststellung einkonzentrierter Zulassungen gemäß § 38 WHG „Gewässerrandstreifen“.

2 Baumfällungen im Gewässerrandstreifen

2.1 Maßnahmenbeschreibung

Im Rahmen der Herstellung von temporären Logistikflächen beziehungsweise temporären Zufahrten und deren Nutzung während der Bauphase werden auch Gewässerrandstreifen benutzt.

Gemäß § 38 Abs. 3 Satz 1 WHG beträgt die Breite der Gewässerrandstreifen für Gewässer 2. Ordnung 5 m. Nach § 26 Abs. 1 LWG werden jedoch an kleinen Gewässern von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung keine Gewässerrandstreifen eingerichtet.

Die Lage und Ausdehnung der Gewässerrandstreifen sind im Teil F „UVP-Bericht“, Anlage 5.1 dargestellt.

An zwei Gewässern wird im Gewässerrandstreifen jeweils ein Baum gefällt, der als standortgerechter Baum zu bewerten ist (siehe Teil I „Landschaftspflegerischer Begleitplan“, Kapitel 5.5). Diese Baumfällungen werden erforderlich, um für den Schwerlastverkehr eine ausreichende Zufahrtsmöglichkeit zu den Arbeitsflächen der Leitungsverlegungen zu gewährleisten.

In den folgenden Bereichen werden die Baumfällungen erforderlich:

1. Baum:

Baumart:	Weide
Gewässer:	Nortorfer-Neuhafener Kanal II
Trassenkilometer:	ca. V3 km 4+055
Zufahrtsfläche:	R-A1-01-009-V3
Rechtswert [ETRS1989, UTM Zone 32N]:	ca. 516.577
Hochwert [ETRS1989, UTM Zone 32N]:	ca. 5.972.225

2. Baum:

Baumart:	Esche
Gewässer:	Graben 1 a
Trassenkilometer:	ca. km 11+810
Zufahrtsfläche:	R-A1-03-005-V0
Rechtswert [ETRS1989, UTM Zone 32N]:	ca. 522.759
Hochwert [ETRS1989, UTM Zone 32N]:	ca. 5.968.952

Im Teil I „Landschaftspflegerischer Begleitplan“, Kapitel 5.5, Konflikt W10 werden die betroffenen Bäume zusammengestellt und hinsichtlich ihrer Relevanz als standortgerechte Bäume im Gewässerrandstreifen beurteilt.

Die baulichen Maßnahmen zur Verlegung der Erdkabel, insbesondere der Logistikflächen wie zum Beispiel Baustraßen, stellen temporäre Zustände dar, die nach Ende der Baumaßnahmen wieder zurückgebaut werden. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass die Gewässerrandstreifen über einen Zeitraum von etwa 6 Monaten durch die erforderlichen Flächennutzungen in Anspruch genommen werden. Für weitere Details bezüglich der Ausführungszeit wird auf Teil A01 „Erläuterungsbericht“, Kapitel 1.4.6 verwiesen.

Unter Bezug auf den Teil I „Landschaftspflegerischer Begleitplan“ handelt es sich bei der Fällung der Bäume um naturschutzrechtlich relevante Eingriffe. Sofern die Wurzelballen und Stubben den Fahrwegen und Gräben nicht unmittelbar im Weg sind und entfernt werden müssen, sind sie aufgrund ihrer Lage neben Gewässern im Untergrund zu belassen, um die Stabilität der Uferböschung nicht zu gefährden (siehe Teil I „Landschaftspflegerischer Begleitplan“, Anhang 02 Maßnahmenblatt V6).

Die gefälltten Bäume werden entsprechend ihrem Biotoptyp im Teil I Kapitel 6.2 bilanziert und im Ökokonto E 41 ausgeglichen. Zudem ist ein erneutes Aufwachsen aus den im Boden verbliebenen Stubben möglich.

2.2 Kommentare zur landesrechtlichen Prüfung

Gewässerrandstreifen sind mit den in § 38 Abs. 4 WHG sowie § 26 Abs. 2 LWG gelisteten Verboten belegt. Die Verbote sind im Einzelnen Teil K02 „Voraussetzungen für Wasserrechtliche Zulassungen“, Kapitel 5 aufgeführt.

Im vorliegenden Fall wird durch das Fällen von standortgerechten Bäumen in Gewässerrandstreifen gegen das Verbot nach § 38 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 WHG verstoßen.

Weitere Verbotstatbestände werden nicht berührt.

Die Baumaßnahmen stellen nur einen temporären Zustand dar, der nach Ende der Bautätigkeiten wieder in den ursprungsnahen Zustand mit gegebenenfalls anschließender Ersatzpflanzung der Bäume versetzt wird. Es werden keine dauerhaften negativen Auswirkungen auf die Funktionen der Gewässerrandstreifen nach § 38 Abs. 1 WHG erwartet.

Die Beurteilung der Notwendigkeit der Fällung der Bäume erfolgte aufgrund von planerischen Abwägungen der geringsten Eingriffe. Im vorliegenden Fall werden Zufahrten zu den Baustellenbereichen benötigt. Bei der gewählten Planung werden bestehende Gewässerüberfahrten genutzt, die für die Bauphase zu ertüchtigen sind. Dürfen diese Überfahrten aus Gründen des Erhalts der beiden Bäume nicht genutzt werden, werden gegebenenfalls schwerwiegendere Eingriffe in die Gewässer an anderer Stelle durch Schaffung von zusätzlichen Überfahrten erforderlich.

Gemäß Teil F „UVP-Bericht“, Kapitel 7.5.4.1 haben die Gewässerrandstreifen an Gewässern 2. Ordnung nur eine geringe Bedeutung für die Erfüllung von Pufferfunktionen für die Gewässer, so dass sich durch die Entfernung der Bäume mit gegebenenfalls anschließender ortsnahe Neupflanzung keine erhebliche Beeinträchtigung ergibt.

Nach § 38 Abs. 5 WHG kann die zuständige Behörde eine Befreiung von den Verboten des § 38 Abs. 4 Satz 2 WHG und § 26 Abs. 2 LWG erteilen, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Maßnahme erfordern oder das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führt.

Mit Blick auf das Vorhaben SuedLink ist festzuhalten, dass es sich um ein Vorhaben handelt, dessen energiewirtschaftliche Notwendigkeit und vordringlicher Bedarf durch § 1 Abs. 1 BBPlG in Verbindung mit Nr. 1 der Anlage zum BBPlG gesetzlich festgestellt sind. § 1 Satz 3 NABEG stellt zudem gesetzlich ausdrücklich klar, dass die Realisierung der erfassten Stromleitungen, aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist.

Zusammenfassend liegen keine Versagensgründe für eine Verbotsbefreiung nach § 38 Abs. 5 WHG für die zu fällenden Bäume vor.

3 Verzeichnisse

3.1 Glossar

Kapitel für den gegenständlichen Planfeststellungsabschnitt nicht relevant.

3.2 Literatur- und Quellenverzeichnis

/1/ **LWG**: Landeswassergesetz vom 13.11.2019, zuletzt geändert am 06.12.2022

/2/ **WHG**: Wasserhaushaltsgesetz vom 31.07.2009, zuletzt geändert am 04.01.2023